

## **Vor 100 Jahren: Jetzt auch Stadtmütter im Rathaus Die ersten Kommunalwahlen nach neuem Wahlrecht in Halle**

*Elke Stolze*

Vor einhundert Jahren noch kaum vorstellbar: Bürgermeisterinnen, Landrätinnen, Ministerinnen, Ministerpräsidentinnen, Kanzlerinnen – inzwischen ist dies Realität. Der Weg dahin aber war steinig, national wie international: Obwohl Frauen nach der Revolution 1848/49 von allen Bürgerrechten ausgeschlossen blieben, begann sich in den 1860er Jahren eine Frauenbewegung zu formieren. Wie Louise Otto-Peters und andere forderte Hedwig Dohm frühzeitig politische Mitsprache für Frauen. Sie schrieb 1876, dass nur über das Stimmrecht der Weg zur Selbstständigkeit und Ebenbürtigkeit der Frau gehe und sie ohne politische Rechte machtlos sei. Frauenstimmrecht gehörte seit 1891 zu den programmatischen Forderungen der SPD. Das neue Reichsvereinsgesetz hob 1908 das Politikverbot für Frauen auf.

Die Wahlrechtsfrage – in Deutschland hieß dies die endgültige Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes für Männer – erwies sich im Herbst 1918 sowohl als politische Prinzipien- und Machtfrage als auch als Prüfstein demokratischer Gesinnung und Politik. Die Verkündung des neuen, auch Frauen einschließenden Wahlrechts am 12. November 1918 durch den Rat der Volksbeauftragten öffnete Frauen den Zugang in eine bisher männliche Domäne. Mit der Veröffentlichung des neuen Reichswahlgesetzes am 30. November 1918 setzten reichsweit Wahlvorbereitungen für Länderparlamente, den Reichstag und im Frühjahr 1919 für neue Gemeindevertretungen ein.

Entsprechend der Regierungsverordnung vom 24. Januar 1919 waren die bisherigen Stadtverordnetenversammlungen aufzulösen und bis zum 2. März Neuwahlen nach neuem Wahlrecht durchzuführen. Halle setzte den 2. März als Wahltag fest. Unter den 236 Kandidaten befanden sich 37 Frauen (15,7 %). Mit Minna Binner, Frieda Rapsilber, Marie Schmidt (alle USPD), Minna Möbius (SPD), Franziska Hündorf, Marie Botze (DNVP), Hedwig Kathe, Margarete Schrecker, Dr. Auguste Lange und Irma Wolff (alle DDP) übernahmen zehn Frauen eines der 66 Mandate im Stadtparlament, das sich am 7. April konstituierte. Vier Tage später wurde die Wahl für ungültig erklärt und der 27. April als neuer Wahltermin festgelegt.

Diesmal bewarben sich 262 Kandidaten, darunter 40 Frauen (15,3 %), um einen Sitz im Stadtparlament. Sieben Frauen – Minna Binner, Marie Schmidt, Hedwig Krüger (alle USPD), Marie Boltze (DNVP), Margarete Schrecker, Dr. Auguste Lange, Hedwig Kathe (alle DDP) – betraten neben 59 männlichen Abgeordneten die parlamentarische Bühne. Sie waren keineswegs unerfahren, sondern langjährig Engagierte in der Arbeiterinnen- und Gewerkschaftsbewegung, in Frauen- oder auch berufsständischen Vereinen, einige waren sogar gewählte Mitglieder des Arbeiterrates Halle (Marie Schmidt, Hedwig Krüger, Martha Fehse, Minna Möbius, Margarete Vehse). Manche arbeiteten bereits seit längerem in kommunalen Deputationen oder Schulvorständen mit, waren Vorsitzende oder Vorstandsmitglieder in Vereinen und Parteien. Allen Parlamentarierinnen war ein umfassendes soziales Engagement gemeinsam, das zunächst auch vorwiegend ihr parlamentarisches Wirkungsfeld bestimmte.

Während Minna Binner, Marie Schmidt, Hedwig Krüger, Margarete Schrecker, Dr. Auguste Lange, Hedwig Kathe vorzeitig ihre Mandate niederlegten, rückten Martha Fehse, Marie Gessing (beide USPD), Margarethe Bennewitz (DDP) und Klara Mampel (DNVP) in das

Bereitgestellt vom Verein für hallische Stadtgeschichte e.V., [www.stadtgeschichte-halle.de](http://www.stadtgeschichte-halle.de)

Stadtparlament nach. Selbst Unternehmerin, Stadtschwester, Direktorin des Städtischen Wohnungsamtes, Gewerkschaftssekretärin, Lehrerin, Schneiderin oder Dienstmädchen, verfügten die Frauen über hohe Sachkompetenz und waren zugleich selbst gut vernetzt und anerkannt.

Die ersten Kommunalwahlen nach neuem Wahlrecht wie auch jene zu überregionalen Parlamenten fanden zeitlich mitten in den Revolutionsereignissen (Oktober 1918 bis Juni 1919) statt, die in Mitteldeutschland u.a. in einem umfassenden Generalstreik sowie dem Einmarsch der Truppen des Generals Maercker in Halle im März 1919 ihren Ausdruck fanden. Zwischen 1919 und 1933 wurden die Wahlberechtigten in Halle insgesamt 25-mal an die Wahlurnen gerufen. Von den 118 Hallenserinnen, die zu einer dieser Wahlen (einige auch mehrfach) kandidierten, erlangten 30 ein- oder mehrmalig ein Mandat für das Kommunalparlament der Saalestadt. Die Hallenserin Klara Mampel (DNVP) übte hier über vier Wahlperioden ein Mandat aus. Hedwig Krüger (USPD/KPD) kandidierte 1919 und 1924 erfolgreich für das Stadtparlament und nahm sowohl ein Reichstagsmandat (Mai 1924) als auch ein Mandat im Preußischen Landtag (Dezember 1924) wahr. Die Sozialdemokratinnen Marie Röpert (1925) und Anna Schob (1929, 1933) sowie Frieda Lehmann (KPD, 1925) waren Abgeordnete des Provinziallandtages Sachsen, dessen Sitz das Ständehaus Merseburg war.

*Der Arbeitskreis Frauenzimmergeschichten des Vereins Courage e. V. lädt Interessierte im April in das Stadtmuseum zur „DamenWahl...“ ein. Eine Gelegenheit jene „Stadtmütter“ kennenzulernen. Informationen unter: [www.frauenzimmergeschichten.de](http://www.frauenzimmergeschichten.de)*



Abb. 1:  
Dr. Auguste Lange (1881–1923),  
ab 1918 Direktorin des  
Wohnungsamtes Halle  
Bildnachweis: Stadtarchiv Halle,  
Fotoarchiv



Abb. 2:  
Verband Hallescher Frauenvereine,  
Wahlwerbung, Hallesche Nachrichten,  
23.04.1919  
Bildnachweis: Stadtarchiv Halle